

Die Wirtschaft unterstützt Studenten

Akademische Bildung. Der Fachkräftemangel und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein veranlassen nahezu sechs von zehn Unternehmen in Deutschland, in die akademische Ausbildung zu investieren. Zuletzt wurden Hochschulen, Studenten und studierende Mitarbeiter der Firmen mit mehr als 2,2 Milliarden Euro unterstützt. 

Die Wirtschaft investiert weit mehr Geld in die akademische Bildung als bisher angenommen: Laut Statistischem Bundesamt erhielten die Hochschulen 2009 rund 1,6 Milliarden Euro von Unternehmen und

Stiftungen. Doch dies sind hauptsächlich Gelder für die Forschung. Tatsächlich brachten die Betriebe 2009 allein für Studium und Lehre an den Hochschulen rund 2,2 Milliarden Euro auf, so das Ergebnis einer

gemeinsamen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft in Zusammenarbeit mit der IW Consult.

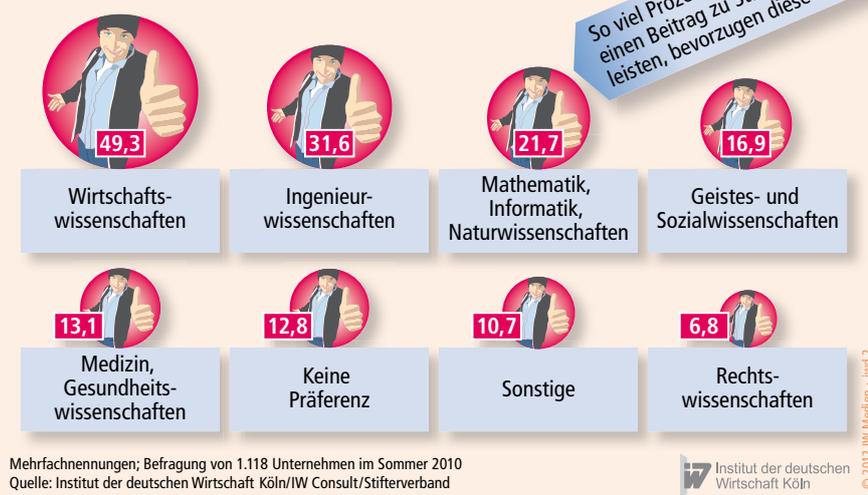
Von dieser Summe erhielten die Hochschulen rund 640 Millionen Euro in Form von finanziellen Zuwendungen, Sach- und Servicespenden sowie von Stiftungsprofessuren. Die restlichen 1,5 Milliarden Euro kamen den Studenten direkt zugute: als Zuschüsse zu den Studiengebühren, als Stipendien, für Praktika, duale Studiengänge und Arbeitszeitfreistellungen für studierende Unternehmensmitarbeiter.

Doch längst nicht alle Fakultäten werden von den Investitionen der Firmen gleichermaßen begünstigt (Grafik):

Am häufigsten profitieren die Wirtschaftswissenschaften von den Zuwendungen – rund jedes zweite Unternehmen fördert die Betriebs- und Volkswirtschaftslehre.

An zweiter Stelle rangieren die Ingenieurwissenschaften (32 Prozent), gefolgt von den Fächern →

Akademische Bildung: Firmen fördern am liebsten die Wirtschaftswissenschaften



Inhalt

Städteranking. Die Standortbedingungen in Süddeutschland werden von den dortigen Unternehmen als besonders gut beurteilt.
Seite 3

Weiterbildung. Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben bilden sich seltener weiter als Mitarbeiter von Großunternehmen.
Seite 4

Leistungsbilanzen. Eine starke Industrie beschert dem jeweiligen Land oft einen Überschuss in der Leistungsbilanz.
Seite 5

Grüne Technologien. Deutsche Unternehmen sind im Bereich der Umwelttechnologien äußerst wettbewerbsstark.
Seite 6-7

Freie Berufe. In Deutschland arbeiten mehr als 1,1 Millionen Freiberufler – z. B. als selbstständige Ärzte, Anwälte oder Künstler.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften (22 Prozent). Dagegen engagieren sich nur 7 Prozent der Unternehmen im Bereich der Rechtswissenschaften.

Insgesamt fördern sechs von zehn Betrieben, die mindestens 50 Mitarbeiter beschäftigen, das Studium und die Hochschullehre. Wie intensiv ihr Engagement ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab – vor allem die Branche und die Akademikerdichte spielen eine große Rolle.

- Industrie- und Bauunternehmen engagieren sich häufiger als Dienstleistungsunternehmen.
- Von den Unternehmen, die mehr als 35 Prozent Hochschulabsolventen in der Belegschaft haben, unterstützen fast 90 Prozent die akademische Ausbildung.

Überdurchschnittlich aktiv sind auch forschungsintensive Firmen,

die wiederum meist besonders viele Akademiker beschäftigen.

Generell entscheidet sich das Gros der Unternehmen für eine möglichst praxisnahe Förderung (Grafik).

Fast jedes zweite Unternehmen ermöglicht Studenten ein Praktikum. Ein Drittel investiert in Mitarbeiter, die parallel zu ihrer Berufstätigkeit einen Hochschulabschluss erwerben.

Ebenfalls gut ein Drittel der Unternehmen unterstützt Studenten bei ihrer Abschluss- oder Doktorarbeit, indem die Firmen den Nachwuchsakademikern die Möglichkeit geben, eine betriebliche Problematik wissenschaftlich zu analysieren. Da sich diese Unterstützung oft mit den Vergütungen für Praktika überschneidet, wurden diese Ausgaben bei den 2,2 Milliarden Euro Gesamtaufwendungen nicht berücksichtigt.

Aktiv sind die Unternehmen auch beim dualen Studium, in dessen Rahmen die Studenten fest integrierte Praxisphasen in Firmen absolvieren. Dies wird von jedem fünften Betrieb unterstützt. Fast genauso viele stellen finanzielle Mittel etwa in Form von Spenden oder Sponsoring bereit. Sachspenden leistet jeder siebte Betrieb und gut jede zehnte Firma entsendet Lehrbeauftragte. Da die meisten Unternehmen die Aufwendungen für die Hochschul-Lehrtätigkeit von eigenen Mitarbeitern nicht beziffern können, ist auch diese Form des Engagements nicht in die Berechnung der Fördersumme eingegangen.

Jedes zehnte Unternehmen beteiligt sich durch Stipendien an der individuellen Studienfinanzierung. In der kostenintensiven Finanzierung von Stiftungsprofessuren engagieren sich knapp 3 Prozent der Betriebe, bei den großen Unternehmen sind es immerhin gut doppelt so viele.

Zwar wollen mehr als acht von zehn Unternehmen nach eigenen Angaben mit der Unterstützung der Hochschulbildung gesellschaftliche Verantwortung übernehmen – dennoch betreibt die Wirtschaft ihr Milliarden-Engagement nicht nur aus Edelmut. In erster Linie streben die Firmen damit an, zusätzlichen Fachkräftenachwuchs zu rekrutieren. Weitere wichtige Motive sind die Personalentwicklung und ein erhoffter Imagegewinn.

Studium und Lehre: Was die Unternehmen leisten

■ So viel Prozent der Unternehmen investieren in die akademische Bildung, indem sie ...

Alle Unternehmen		Am aktivsten sind dabei Unternehmen, die ...	
Studenten als Praktikanten beschäftigen	47,4	78,8	einen Akademikeranteil von mehr als 35 Prozent aufweisen
Mitarbeiter beschäftigen, die zugleich studieren	34,1	50,9	mindestens 250 Mitarbeiter beschäftigen
Abschlussarbeiten und Promotionen unterstützen	34,1	67,6	einen Akademikeranteil von mehr als 35 Prozent aufweisen
Mitarbeiter beschäftigen und unterstützen, die ein duales Studium absolvieren	21,9	46,4	mindestens 250 Mitarbeiter beschäftigen
finanzielle Zuwendungen an die Hochschulen leisten	19,9	40,8	einen Akademikeranteil von 15 bis 35 Prozent aufweisen
Sachspenden an die Hochschulen leisten	14,3	30,3	in der Forschung und Entwicklung aktiv sind
Lehrbeauftragte entsenden	11,4	26,0	einen Akademikeranteil von mehr als 35 Prozent aufweisen
Stipendien bereitstellen	9,3	18,7	mindestens 250 Mitarbeiter beschäftigen
Stiftungsprofessuren finanzieren	2,7	7,8	mindestens 250 Mitarbeiter beschäftigen



Attraktiver Süden

Städteranking. Die Standortbedingungen in Süddeutschland werden von den dortigen Unternehmen als besonders gut beurteilt – Städte wie Freiburg und München sind attraktiv und bieten den Firmen die gewünschte Infrastruktur. Viele westdeutsche Städte können dagegen bei ihren Unternehmen kaum punkten.

Was nützt es einer Stadt, wenn sie sich ins Zeug legt und die Unternehmen trotzdem unzufrieden sind oder Firmen sich dort gar nicht erst ansiedeln? Aus diesen Überlegungen heraus befragte die Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult im Oktober 2011 (vgl. iwd 50/2011) mehr als 4.000 Unternehmen in den 50 größten deutschen Städten, wie sie die Gegebenheiten in ihrer Stadt einschätzen. Das Ergebnis (Grafik):

In Sachen Standortattraktivität halten die Osnabrücker Unternehmen am häufigsten die Daumen hoch, die beste Infrastruktur bescheinigen die Münchener Firmen ihrer Stadt und die Verwaltung schneidet bei den Braunschweiger Unternehmen am besten ab.

Insgesamt liegen die süddeutschen Städte in der Unternehmensbefragung vorn. Die drei untersuchten Bereiche zusammengenommen, kann im Süden Freiburg am meisten punkten – mit jeweils Platz zwei bei der Standortattraktivität und der Verwaltungsqualität sowie Platz vier im Infrastruktur-Ranking.

Zweitbeste Region aus Sicht der Betriebe ist der Norden. Die dort beheimateten Firmen attestieren ihrer jeweiligen Stadt besonders häufig ein gutes Image und würden den

Die Standortqualität der deutschen Städte

Im Oktober 2011 hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult rund 4.000 Unternehmen in den 50 größten deutschen Städten nach ihrer Einschätzung der Standortbedingungen ihrer Stadt befragt.

So viel Prozent der Unternehmen beantworteten die Fragen in den jeweiligen Bereichen im Schnitt mit „ja“

Attraktivität: Bewertung des Wirtschaftsstandorts, des Images der Stadt und der Zukunftssicherheit als Unternehmenssitz
Frage-Beispiel: Tut die Stadt genug für ein positives Image?

Infrastruktur: Bewertung der Bereitstellung und der Qualität der Einrichtungen in den Bereichen Verkehr, Gewerbeflächen, Schulen, Kinderbetreuung sowie Freizeit und Kultur
Frage-Beispiel: Sind Sie mit der örtlichen Verkehrsinfrastruktur Ihrer Stadt zufrieden?

Verwaltungshandeln: Bewertung der Wirtschaftsfreundlichkeit, der Serviceorientierung, des Einsatzes von E-Administration und der Sparsamkeit
Frage-Beispiel: Werden nach Ihrer Meinung die Genehmigungsverfahren in Ihrer Stadt zügig abgewickelt?



1	Osnabrück	79,7	München	78,3	Braunschweig	76,1
2	Freiburg	78,6	Münster	78,1	Freiburg	67,4
3	Düsseldorf	77,7	Erfurt	77,5	Hamm	67,2
4	Hamburg	77,7	Freiburg	76,9	Düsseldorf	67,1
5	Braunschweig	77,5	Mannheim	75,7	Chemnitz	67,1
6	München	77,0	Oldenburg	75,1	Münster	66,6
7	Münster	76,3	Karlsruhe	74,9	Stuttgart	66,1
8	Frankfurt am Main	75,8	Bielefeld	74,1	Oldenburg	65,9
9	Oldenburg	75,6	Düsseldorf	74,0	Hannover	64,8
10	Dresden	75,1	Leipzig	73,9	Nürnberg	64,3
41	Mülheim a. d. Ruhr	52,4	Bochum	60,7	Bonn	49,2
42	Krefeld	52,0	Augsburg	60,1	Hagen	47,6
43	Gelsenkirchen	51,5	Köln	59,4	Herne	47,5
44	Duisburg	51,5	Bremen	58,1	Duisburg	47,3
45	Wuppertal	46,4	Kiel	56,7	Köln	46,9
46	Oberhausen	44,9	Wuppertal	54,1	Mülheim a. d. Ruhr	46,2
47	Hagen	43,8	Solingen	52,4	Lübeck	45,5
48	Solingen	43,7	Lübeck	48,6	Bremen	44,2
49	Mönchengladbach	41,2	Mönchengladbach	47,9	Mönchengladbach	43,2
50	Herne	41,2	Mülheim a. d. Ruhr	43,1	Berlin	40,9

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult/
Zentrum für Evaluation und Methoden der Universität Bonn

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 2 - Foto: fotolia

Standort aufgrund der hohen Attraktivität auch erneut wählen.

Braunschweig erhält die beste Bewertung aller norddeutschen Städte und ist auch bundesweit die Nummer eins.

Knapp hinter dem Norden rangieren die ostdeutschen Städte. Die Unternehmen dieser Region halten vor allem die Infrastruktur für gut – die seit 1990 getätigten Investitionen in die Verkehrsnetze, in Kultur- und Freizeiteinrichtungen erweisen

sich als echte Standortvorteile. Die thüringische Landeshauptstadt Erfurt zählt auch bundesweit zu den zehn am besten beurteilten Städten.

Schlusslicht ist der Westen – die dortigen Standorte sind für Firmen wenig attraktiv. Allerdings ist die Streuung sehr groß: Acht der zehn letztplatzierten Städte liegen in Westdeutschland. Doch auch die Nummer drei und vier unter den deutschen Top-Standorten finden sich dort – Münster und Düsseldorf.

Kleine Firmen tun sich schwer

Weiterbildung. Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben bilden sich seltener weiter als Mitarbeiter in Großunternehmen. Der Staat möchte die Fortbildung im Mittelstand daher stärker fördern – und nimmt dabei auch Mitnahmeeffekte in Kauf.

Bisher hat die Bundesagentur für Arbeit Weiterbildungskosten nur für jene Mitarbeiter übernommen, die älter als 45 Jahre waren. Künftig sollen, das hat der Bundestag beschlossen, auch jüngere Beschäftigte in den Genuss dieser Förderung kommen – sofern der Arbeitgeber mitspielt und zumindest die Hälfte der Lehrgangskosten übernimmt.

Der Grund für die staatliche Bildungsoffensive: Mitarbeiter in kleinen und mittleren Betrieben nehmen vergleichsweise selten an Weiterbildungen teil (Grafik).

Während in großen Unternehmen 2010 mehr als jeder Zweite an Weiterbildung teilnahm, war es in Kleinstbetrieben nur gut jeder Fünfte.

Ob ein Unternehmen seine Beschäftigten auf Fortbildung schickt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Als Erstes ist zu klären, ob sich die Mitarbeiter überhaupt weiterbilden wollen. Denn nach Einschätzung der Unternehmen zeigen Beschäftigte häufig ein zu geringes Interesse. Das nächste Problem besteht darin, dass viele ältere Mitarbeiter erst wieder lernen müssen zu lernen. Zudem muss das Unternehmen klären, wie die Arbeit der Teilnehmer an der Weiterbildung in dieser Zeit erledigt werden kann. Nicht zuletzt spielen auch die Kosten eine Rolle.

Kleine und mittlere Unternehmen sehen sich darüber hinaus noch mit

besonderen Hürden konfrontiert. Sie haben meist keine Personalexperten, die den Qualifikations- und Weiterbildungsbedarf analysieren und Schulungen organisieren könnten. Also müssen die Mittelständler externe Anbieter beauftragen, deren Qualität sie jedoch nur schwer einschätzen können. Auch das informelle Lernen am Arbeitsplatz mithilfe von Kollegen ist in kleinen Unternehmen schwieriger, weil weniger Spezialisten da sind, die ihr Fachwissen weitergeben können.

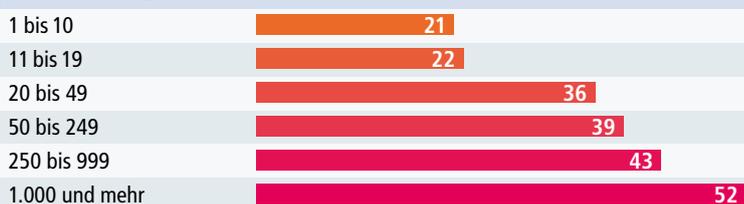
Schließlich arbeiten in kleinen und mittleren Betrieben in der Regel weniger Akademiker als in Großunternehmen. Doch erfahrungsgemäß sind es gerade die Hochschulabsolventen, die sich am häufigsten weiterbilden (Grafik):

Nur 19 Prozent der Personen ohne Berufsabschluss bilden sich beruflich weiter, von den hochqualifizierten Beschäftigten ist dagegen deutlich mehr als die Hälfte in dieser Hinsicht aktiv.

Der Ansatz, alle Beschäftigten in kleinen und mittelgroßen Unternehmen zu fördern, greift daher zu kurz. Denn er unterstützt nicht gezielt die Weiterbildung von besonderen Zielgruppen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Gleichzeitig könnte die beschlossene Regelung zu Mitnahmeeffekten führen: Kleine und mittlere Betriebe, die auch ohne die Förderpolitik Weiterbildung betrieben hätten, kommen nun in den Genuss staatlicher Zuschüsse. Sinnvoller wäre es deshalb, spezifische Gruppen, die derzeit kaum Weiterbildungsangebote nutzen, unabhängig von der Unternehmensgröße stärker zu fördern.

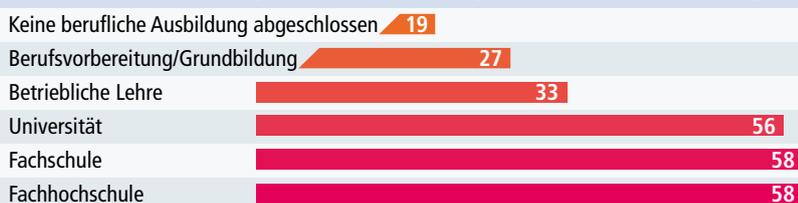
Weiterbildung: In großen Unternehmen intensiver

In Unternehmen mit ... Beschäftigten nahmen 2010 so viel Prozent der Arbeitnehmer an Weiterbildungen teil



Hochqualifizierte im Vorteil

So viel Prozent der Beschäftigten mit dieser Ausbildung nahmen 2010 an Weiterbildungen teil



Die Industrie macht den Unterschied

Leistungsbilanzen. Eine starke Industrie sorgt oft auch für ein brummendes Exportgeschäft und beschert dem jeweiligen Land einen Überschuss in der Leistungsbilanz. Staaten, in denen das Verarbeitende Gewerbe eher schwächelt, schreiben dagegen meist rote Zahlen in ihren Handelsbüchern.

Industriewaren sind der Exportschlager Nummer eins – weltweit. In den vergangenen zehn Jahren machten sie rund 80 Prozent der globalen Exporte aus. Zudem ist das Geschäft recht dynamisch:

Von 2000 bis 2008 stieg das reale Welthandelsvolumen mit Industriewaren um 160 Prozent.

Zum Vergleich: Der Handel mit Agrarrohstoffen und Gütern aus den Bereichen Energie und Bergbau legte im selben Zeitraum insgesamt lediglich um 36 bzw. 27 Prozent zu.

Somit ist es logisch, dass Volkswirtschaften, die sich stärker auf die Warenproduktion spezialisieren, Vorteile beim Außenhandel haben – und einen positiven Leistungsbilanzsaldo erzielen, ihre Exporte also die Importe übersteigen (Grafik). Umgekehrt haben Länder mit einem relativ geringen Industrieanteil häufig ein Leistungsbilanzdefizit.

Die Gründe dafür, dass der Handel mit Industriegütern dominiert, sind vielfältig:

- **Hersteller nutzen länderspezifische Vorteile, sei es in Sachen Kosten oder Know-how:** In Fernost ist beispielsweise die Produktion von Einzelteilen billiger, in Deutschland dagegen die Endmontage. Hinzu kommt, dass der Transport günstiger und die Logistik moderner geworden sind.

- **Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben in den vergangenen Jahren aufgeholt und sind für Investoren attraktiver geworden:** Entfielen von 1995 bis 2002 im Durchschnitt rund 22 Prozent der globalen Investitionen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer, waren es 2008 schon fast 40 Prozent. Im Jahr 2011 entfiel dann fast die Hälfte des globalen Investitionsvolumens auf die aufstrebenden Volkswirtschaften.

- **Industriewaren haben gegenüber Dienstleistungen einen entscheidenden Vorteil:** Während bei vielen Serviceleistungen – z.B. einer Taxifahrt oder einem Haarschnitt – die Produktion/der Anbieter und der Konsum/der Nachfrager zeitlich und räumlich in der Regel nicht zu trennen sind, können Industriegüter heute in Asien hergestellt und drei Monate später in Europa gekauft werden.

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien haben zwar dazu beigetragen, dass auch Serviceprodukte heute nicht mehr dort verbraucht werden müssen, wo sie produziert worden sind. Das gilt insbesondere für unternehmensnahe Dienste. Haushaltsnahe und staatliche Dienstleistungen sind allerdings immer noch auf einen engen regionalen Kundenkreis ausgerichtet.

- **Nicht zuletzt stehen dem Handel mit Dienstleistungen häufig auch bürokratische Hindernisse im Weg:** Im Rahmen der letzten abgeschlossenen Welthandelsrunde wurden in erster Linie Warenzölle abgebaut. Der Dienstleistungshandel dagegen wurde nur marginal liberalisiert.

Exportstark dank Industrie

Der Leistungsbilanzsaldo gibt an, ob ein Land mehr exportiert als importiert und damit einen Leistungsbilanzüberschuss erzielt oder umgekehrt ein Defizit hat.

- Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2007 in Prozent
- Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP im Jahr 2007



Deutsche sind Marktführer

Grüne Technologien. Der Klimawandel schreitet voran – entgegnet man ihm mit grünen Technologien und Dienstleistungen. Deutsche Unternehmen haben in diesem Bereich ein starkes Produktangebot.

Während in Thailand große Teile Bangkoks und der Umgebung unter Wasser stehen und die Pazifikinsel Tuvalu allmählich im Meer versinkt, leiden die Menschen in Ostafrika unter einer schlimmen Dürre. Immer öfter gibt es heftige Stürme, vielerorts werden die Winter milder und die Sommer heißer. All das sind Folgen des Klimawandels: Die Extremwetterlagen nehmen zu, das ewige Eis an den Polen schmilzt und der Meeresspiegel steigt.

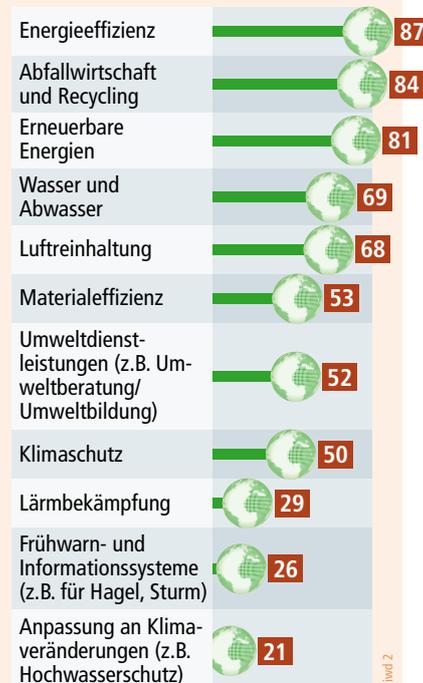
Diesen Problemen versuchen Unternehmen mit innovativen Technologien und Konzepten entgegenzuwirken. Dank ihres technischen und konzeptionellen Know-hows sind deutsche Betriebe in Sachen grüne Technologien besonders weit vorne – das zeigt unter anderem das Umweltexpertenpanel des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (Grafik):

Rund 87 Prozent der Experten halten deutsche Unternehmen vor allem als Anbieter innovativer Technologien im Bereich Energieeffizienz für besonders wettbewerbsstark – also zum Beispiel bei Industrie- und Gebäudetechniken.

Abfallwirtschaft und Recycling sowie erneuerbare Energien, etwa aus Windkraftanlagen, sind weitere Bereiche, in denen deutsche Anbieter von Technologien und Services den Umweltexperten zufolge über eine attraktive Produktpalette verfügen. Knapp 70 Prozent der Befragten schätzen die Wettbewerbsposition der hiesigen Unternehmen auf dem Gebiet Wasser und Abwasser – dazu gehören unter anderem Filtertechnologien und Wasseraufbereitungsanlagen – sowie bei der Luftreinhaltung als hoch ein. Gut die Hälfte der Experten sehen eine Wettbewerbs-

Grüne Technologien: Starke Deutsche

So viel Prozent der befragten Umweltexperten halten deutsche Anbieter von Technologien in diesen Bereichen für besonders wettbewerbsstark



Mehrfachnennungen; Befragung von 172 Umweltexperten der Wirtschaft im September 2011; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW-Medien - Imd 2

stärke der Deutschen im Bereich Klimaschutz, aber nur 21 Prozent bei der Anpassung an Klimaveränderungen wie dem Hochwasserschutz.

Internationales Klimaregime versus nationale Interessen

Ohne weitgehende Zwangsmaßnahmen lässt sich der Klimawandel nach Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung nicht stoppen. In seinem jüngsten Hauptgutachten fordert das 1992 gegründete Gremium einen „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“ in ein postfossiles Zeitalter.

In einer neuen Weltordnung sollen die Staaten dafür ihre traditionellen Souveränitätsvorstellungen aufgeben und internationale Organisationen wesentliche Steuerungsaufgaben auf wissenschaftlicher Basis übernehmen. Dieses strenge Klimaregime soll die globale Erwärmung auf maximal 2 Grad begrenzen. Völlig unklar ist dabei, warum sich jene Länder solchen Regeln und Instanzen unterwerfen sollten, die sich schon heute gegen einen stärkeren Klimaschutzbeitrag wehren.

Zudem schwebt dem WBGU ein sehr viel stärker steuernder Staat vor – letztlich zulasten individueller Entscheidungsmöglichkeiten über Wirtschafts- und Lebensweisen. Wenn zum Beispiel ein zufällig zusammengesetzter Rat das Parlament ergänzen soll, stellt dies bestehende demokratische Strukturen infrage.

Selbst in Fragen der Ernährung möchten die neun Forscher des WBGU eingreifen – über eine klimafreundlichere Lenkung der Lebensmittelnachfrage: In öffentlichen Kantinen soll es ihren Vorstellungen zufolge mehrmals in der Woche kein Fleisch mehr geben. Auch sollen Abgaben für Kohlendioxid in Europa vervielfacht werden. Ohne ein – derzeit wenig realistisches – international abgestimmtes Vorgehen wäre dies aber mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen für Teile der Industrie in Europa und insbesondere in Deutschland verbunden.

Laut Umweltwirtschaftsbericht 2009 sind deutsche Firmen in mehreren Bereichen der Umwelttechnologie Weltmarktführer (Grafik):

Bei den Technologien für die nachhaltige Energieerzeugung sowie in der Abfall- und Kreislaufwirtschaft haben deutsche Unternehmen einen Weltmarktanteil von mehr als 25 Prozent.

Insgesamt setzten deutsche Firmen laut dem ebenfalls vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit veröffentlichten Umweltbericht 2010 mit grünen Technologien und Diensten zuletzt über 220 Milliarden Euro um – das entsprach einem Weltmarktanteil von rund 16 Prozent.

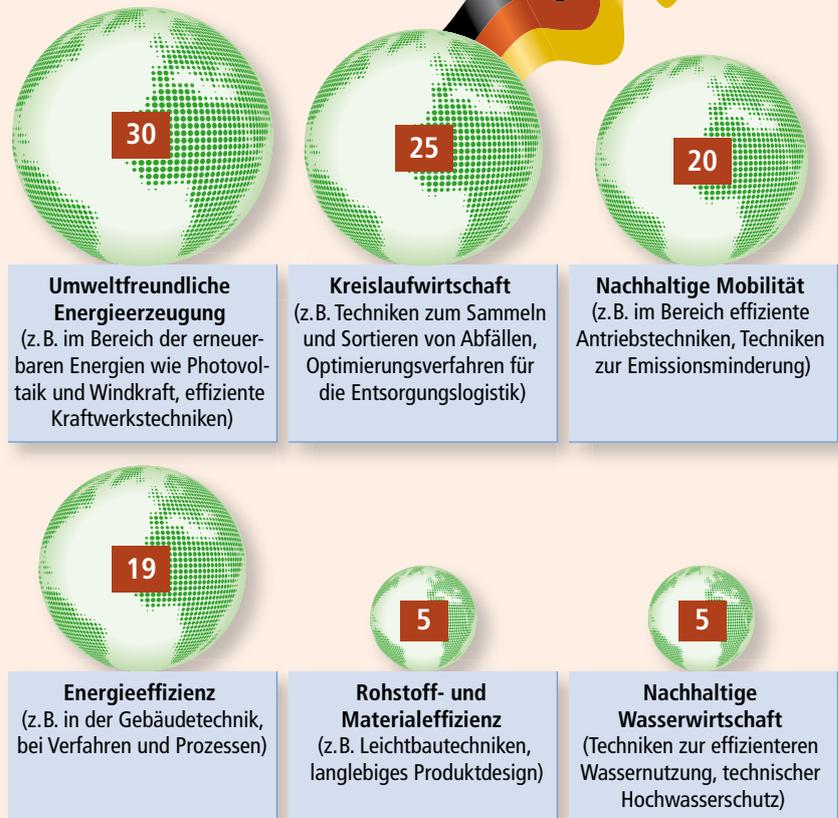
Weil auch andere Länder auf den grünen Märkten kräftig mitmischen, ist der internationale Wettbewerbsdruck groß. Mitte des vergangenen Jahrzehnts – neuere Zahlen sind nicht verfügbar – hatten die USA einen Welthandelsanteil von knapp 15 Prozent, dahinter rangierten japanische Firmen mit 9 Prozent.

An der Spitze stehen die Deutschen auch bei den Patentanmeldungen. Laut Umweltbericht 2010 stammen rund 23 Prozent aller jährlichen Patentanmeldungen für Umwelttechnik beim Europäischen Patentamt aus der Bundesrepublik.

Die Zukunft der grünen Technologien ist ebenfalls rosig. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene haben sich die Regierungen und die Wirtschaft ehrgeizige klima- und energiepolitische Ziele gesteckt, zum Beispiel die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes oder die Erhöhung der Energie- und Materialeffizienz. Daher dürfte die Nachfrage nach entsprechenden Techniken und Konzepten weiter steigen – vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Deutsche Wirtschaft ist grün

Weltmarktanteile der deutschen Unternehmen im Bereich der Umwelttechnologien 2007 in Prozent



Schätzungen auf Basis von Experteninterviews, Berichten und Recherchen
Quellen: Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Ind 2

Buchtipps +++ Buchtipps +++ Buchtipps +++ Buchtipps +

Geld machen mit erneuerbaren Energien

Die Energiewende ist eine Herausforderung für das gesamte Energiesystem; besonders viel ist auf der Angebotsseite zu tun. Schließlich soll die Stromerzeugung nach den Plänen der Bundesregierung im Jahr 2030 zur Hälfte auf erneuerbaren Energien basieren, im Jahr 2050 sollen es sogar 80 Prozent sein.

Markus Gerhard von der Frankfurt School of Finance and Management, Thomas Rüschen von der Deutschen Bank und Armin Sandhövel, Allianz Climate Solutions, stellen in ihrem Sammelband Informationen zu erneuerbaren Energien und passenden Finanzierungskonzepten zusammen. In dem Buch finden sich Analysen von der Planung über Kapitalmarkt-lösungen bis hin zu den Auslandsmärkten für Wind, Sonne, Wasser und Co. Auch die technologischen Grundlagen der verschiedenen Ansätze werden beschrieben. Das Buch zeigt die geschäftlichen Chancen erneuerbarer Energien für Anleger und ist deshalb eine Fundgrube für Investoren. In den Kapiteln zu den staatlich gesetzten Rahmenbedingungen erneuerbarer Energien hätte ein etwas kritischerer Blick aber nicht geschadet. Da der Sammelband hauptsächlich auf die Chancen fokussiert, kommen die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Schwierigkeiten etwas zu kurz.

Hubertus Bardt

**Markus Gerhard, Thomas Rüschen, Armin Sandhövel (Hrsg.):
Finanzierung Erneuerbarer Energien, Frankfurt School Verlag, Frankfurt 2011,
1.202 Seiten, 158 Euro, ISBN 978-3-940913-24-1**

Bürokratie bremst Konkurrenz aus

Freie Berufe. In Deutschland arbeiteten zuletzt mehr als 1,1 Millionen Freiberufler – als selbstständige Ärzte, Anwälte, Künstler oder Unternehmensberater. Insgesamt sind in Kanzleien, Praxen oder Ingenieurbüros mehr als 4,2 Millionen Menschen tätig.

Wer von Freiberuflern redet, denkt vielleicht zunächst an seinen Hausarzt oder seinen Steuerberater. Doch auch Journalisten, Lektoren, Ingenieure, Tanz- und Yogalehrer oder EDV-Berater zählen zur Gruppe der Freiberufler, sofern sie auf eigene Rechnung arbeiten.

Immer mehr hochqualifizierte Bundesbürger beziehen eine eigene Praxis, ein eigenes Büro oder eine eigene Kanzlei (Grafik).

So ist die Zahl der selbstständigen Freien allein seit 2000 um über 60 Prozent gestiegen, berichtet das Institut für Freie Berufe in Nürnberg.

Dieses Wachstum ist nur zu einem kleinen Teil auf den Nachholbedarf

in Ostdeutschland zurückzuführen. Denn auch in Westdeutschland hat die Zahl der Freiberufler zugenommen – seit 1989 um 130 Prozent auf knapp 1 Million. Ausschlaggebend für diesen Boom war die Tatsache, dass in den vergangenen Jahrzehnten hochwertige Dienstleistungen vermehrt nachgefragt wurden.

Von der Situation im Ausland unterscheidet sich die der Freien Berufe in Deutschland allerdings in zwei grundsätzlichen Punkten:

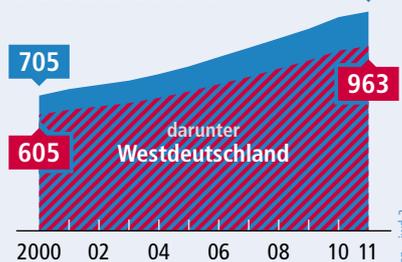
1. Kleine Unternehmen. Ärzte, Heilpraktiker, Rechtsanwälte, Ingenieure oder Architekten in Deutschland sind meist Einzelgänger; und wenn es Praxis- oder Bürogemeinschaften gibt, dann haben sich oft nur wenige Anwälte, Ärzte oder Notare zusammengefunden.

Die „Professional Services“ in anderen EU-Ländern oder in den USA dagegen werden oft durch große Büros erbracht – etwa durch international tätige niederländische oder skandinavische Ingenieurbüros oder durch Mega-Anwaltskanzleien mit Zweigstellen in mehreren US-Metropolen und im Ausland.

Das deutsche Klein-Klein hat seine Nachteile. Untersuchungen zeigen, dass die Produktivität der Freien im Ausland größer ist. Kommen dann zum Beispiel ausländische Ingenieure nach Deutschland, machen

Freie Berufe: Immer beliebter

Selbstständige in Freien Berufen in Deutschland in 1.000



Freie Berufe: Ärzte, Anwälte, Unternehmensberater, Journalisten, Künstler etc.
Quelle: Institut für Freie Berufe Nürnberg

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 2

sie den heimischen Minibüros das Leben schwer.

2. Bürokratie. Die meisten Freiberufler unterliegen in Deutschland strengen Berufsordnungen. Diese regeln etwa, wie sich ein Arzt oder Anwalt weiterbilden muss oder wie man mit Mandanten umzugehen hat. Für Ausländer, die sich hier niederlassen wollen, sind das oft unüberwindliche Barrieren – den deutschen Freiberuflern hält das die Konkurrenz vom Leib. Allerdings kassiert die EU die strengen deutschen Vorgaben nach und nach ein, um den Binnenmarkt zu verwirklichen.

Dass der Branche auch im Bereich der Honorarordnungen ein wenig mehr Wettbewerb guttun würde, ist ein offenes Geheimnis. Die festgezurrten Gebühren etwa für Architekten und Ingenieure sichern diesen zwar ein ordentliches Auskommen. Sie vermindern aber auch den Druck, Innovationen umzusetzen oder Auslandsmärkte zu erobern.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.